

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Berberstraße 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis des Quartals 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inscripte nehmen an: in Berlin: A. Neumann, Neudammstr. 60; in Leipzig: C. F. Schöner, in Altona: C. F. Schöner, in Hamburg: J. F. Schöner und J. F. Schöner.

Danziger Zeitung.



Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 9 Uhr Vormittags.

London, 8. Mai. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses kündigte Hennessy an, daß er demnächst den Antrag stellen werde, eine Adresse an die Krone in Betreff der polnischen Angelegenheit zu erlassen. Es gab sich viele Zustimmung kund.

Landtags-Verhandlungen.

40. Sitzung des Abgeordneten-Hauses am 7. Mai. Vor der Tagesordnung nimmt Abg. Stavenhagen das Wort, um den Präsidenten Grabow zu seiner Wiedererhebung zu beglückwünschen. Auf seine Aufforderung erhebt sich das Haus unter Zeichen lebhafter Zustimmung. — Präsident Grabow spricht dem Hause seinen Dank aus für die ihm während seiner Krankheit bewiesene große Theilnahme und den ihm so eben wieder gegebenen Beweis des Vertrauens und den Vice-Präsidenten Behrend und v. Voßum-Dollfs für die aufopfernde Thätigkeit, welche sie in seiner Vertretung entwickelt. — Es folgt die Militair-Debatte.

Als Redner sind eingeschrieben: für den Commissionsentwurf: die Abgg. Stavenhagen, Schwerin, Taddel, Parrissius (Brandenburg), Gneist, Hummel, Westen, Rohden, Gringmuth, v. Hoyerbeck, Bleibtreu, v. Ebel, Kassew, Kuhlwein, Plahmann, Krag, Reichensperger (Vedam), v. Wallintrot, Harlort, v. Efelde, Bassenge, v. Seydlitz, Baron v. Baerß; gegen den Commissionsentwurf: die Abgg. Liez, v. Kirchmann, Graf Bethusy-Duc, Meibauer, Dr. Müller (Arnsvalde), v. Unruh, Schulze (Berlin), Beder (Dortmund), Dunder, v. Sängner, v. Patow, Steinhart, Michaelis, v. Bonin (Genthin) Frese, v. Vinde (Stargardt), Groot, Voewe (Bochum), v. Gottberg, v. d. Reeden und Wellen.

Zuerst erhält das Wort der Abg. Liez gegen den Commissionsentwurf. Soweit er auf der Journalistentribüne verständlich, scheint der Redner auf den unvermittelbaren Zwiespalt zwischen dem Herrenhause und dem Abgeordnetenhaus gerade auch in der Militairfrage sowie auf die Entdeckung der Verfassungslücke seitens der Regierung hinzuweisen und daraus die Unmöglichkeit zu folgern, daß die Vertretung des Volkes eine positive gesetzgeberische Thätigkeit im Sinne der Commission ausübe. Deshalb sei er gegen die Amendements derselben.

Abg. Stavenhagen: Seine Absicht sei nur, auf einige ihm überraschend erschienene Stellen der Motive, mit denen die Regierung ihren Gesetzentwurf begleitet habe, einzugehen. Er sei stets der Meinung gewesen, daß in einem verfassungsmäßigen, wahrhaft constitutionellen Staate der bloße Wille des Herrschers nicht allein maßgebend sein könne. Jeder Act der Staatsregierung bedarf zu seiner Gültigkeit der Zustimmung der Landesvertretung. Sei sie auch noch so sehr von der Vortrefflichkeit ihrer Maßregeln, von der Nothwendigkeit der von ihr projectirten Ausgaben überzeugt, so sei sie doch in keiner Weise berechtigt, einseitig ihre Meinung durchzusetzen. Das Land habe vielmehr ein Recht, in jedem Falle zu verlangen, daß die Regierung es nicht wider seinen Willen und den Willen seiner Vertreter glücklich mache. Die Regierung habe die Reorganisation ohne Bewilligung der Landesvertretung, ohne Genehmigung der Mehrkosten durchgeführt. Die Regierung sage in den Motiven ausdrücklich, daß wir von der Nothwendigkeit und Vortrefflichkeit der Reorganisation überzeugt sind, so müßt Ihr zustimmen, Ihr mögt wollen oder nicht. Die Reorganisation sei nun durchgeführt ohne Zustimmung des Hauses. Dennoch suche die Regierung in den Motiven nachzuweisen, daß Alles correct gegangen sei: sie wundere sich sogar über den ihr gemachten Vorwurf der Verfassungswidrigkeit. Redner weist nun aus den bisherigen Kammer-Verhandlungen nach, daß die Meinung der Majorität auch früher stets gegen die Reorganisation gewesen. Allerdings sei 1860 ein extraordinärer Credit, 1861 ein Extraordinarium bewilligt worden. Er und seine Freunde hätten aber gerade durch diese Art der Bewilligung einen formellen Protest gegen die Aufrechterhaltung der Reorganisation ausdrücken wollen und sei auch allgemein verstanden worden. (Hört! Hört!) Man habe unter dieser Form bewilligt, weil man nicht geradezu mit dem damaligen liberalen Ministerium habe brechen wollen und er könne die bestimmte Versicherung abgeben, daß von der damaligen Majorität Niemand Willens gewesen sei, die Reorganisation, so zu sagen, mit Haut und Haaren anzuerkennen. (Hört! Hört!) — Zu einem Compromiß aber habe sich das Haus noch im vorigen Jahre geneigt gezeigt. Er und seine Freunde hätten sich damals noch bemüht, ein neues Terrain der Annäherung für die Regierung zu gewinnen. Alle Bemühungen seien aber vergeblich abgeglitten an dem stählernen Non possumus der Regierung. Ihrem gegenwärtigen Verhalten gegenüber müsse er aber leider bekennen: Von Friede könne jetzt nicht mehr die Rede sein, die Alternative sei: Unterwerfung oder Kampf. — So lange die Anträge der Commission nicht verworfen und weitergehende Anträge angenommen seien, müsse er die Behauptung der Motive, daß die Auffassung der Majorität des Hauses unter dem Einfluß der Veränderung der Personen und der Parteistellung eine andere geworden sei, für unbegründet erklären. Noch einmal glaube er dem Kriegsminister zurufen zu müssen: „Disceite justitiam moniti.“ „Recht muß doch Recht bleiben.“

Abg. Kirchmann erklärt, die Differenz in der liberalen Partei in Bezug auf die Militairnovelle zeige keinen Zwiespalt. Er und seine Freunde glaubten, die Commission könne ihre Aufgabe nicht erfüllen ohne aufrichtiges Einverständnis mit der Regierung. Er erinnere an die bisherigen Grundsätze, erstens der gegenwärtigen Regierung keinen Mann und keinen Thaler mehr zu bewilligen, als die positiven Gesetze des Landes erfordern. Dieser Grundsatz ist in der Com-

missionsvorlage verletzt worden. Denn nach ihr würde eine Vermehrung der Officiere stattfinden, die Reservisten würden um mehrere Tausend Mann gegen den früheren Stand vermehrt werden. Der zweite Grundsatz war, mit der gegenwärtigen Staatsregierung kein organisches Gesetz zu vereinbaren. Weßhalb hat nun die Commission diese positiven Vorschläge zur Annahme empfohlen? Das Land wird auch ferner Gehuld haben. Wenn das Haus gleichwohl zu einer Reorganisation der Militairfrage Schritte, so dürfte man sich nicht anklammern an den Zustand des Jahres 1859, bei einem Gesetz, was eine lange Zukunft haben soll. Man müßte sich dann an die Vorschriften unserer gegenwärtigen Constitution halten, die eine Kräftigung der Landwehr und Reserve, eine Ermäßigung der stehenden Fußheere erfordert. Die Commission aber räumt selbst eine Steigerung der Cadrezahl ein und es ist klar, daß durch eine Verminderung der Bataillonsstärke eine weitere Vermehrung der Cadres und die Möglichkeit herbeigeführt werden würde, die sämmtlichen durch die Reorganisation neu geschaffenen Officiersstellen würden beibehalten werden können. Wende ich mich nun zu den Gründen, mit denen die Commission ihre Vorschläge und das Abgehen von dem alten gesetzlichen Zustande zu rechtfertigen sucht, so hören wir zuerst das Gesetz vom 14. Mai 1814 als unzureichend bezeichnet und eine Erhöhung der Garantien für die Machtstellung Preußens als erforderlich. Meines Erachtens sind aber die Grundlagen jedes Gesetzes die besten. Man vertheidigt dann weiter die Vermehrung der Armee mit der Vermehrung der stehenden Heere in Europa überhaupt. Dies ist auch ein Grund der Regierung, den ich wegen der sich daraus ergebenden Konsequenzen zu acceptiren für sehr bedenklich halte. Für Preußen muß das Reservestystem die Uebermacht der auswärtigen stehenden Heere aufwiegen. Man sagt, die Landwehr müsse erweitert werden. Dies könne aber nicht auf dem Wege geschehen, daß sie in einen immer engeren tactischen Verband mit der Linie gezogen werde. Man weist auf das Störende der Mobilmachungen und rechtfertigt eine Verstärkung des Berufsheeres durch die Nothwendigkeit politischer Demonstrationen. Ich glaube aber, daß es gut ist, der Regierung ein Hinderniß in solchen militärisch-politischen Demonstrationen in den Weg zu legen. Nur Preußen hat sich hinreichend lassen, einen diplomatischen Druck durch ungezielte Mobilmachungen ausüben zu wollen. Man sagt, die Landwehr müsse verstärkt werden von der Linie aus. Dazu aber bedarf es einer jährlichen Aushebung von 60,000 Mann nicht, eine Aushebung von 43,000 Mann reicht dazu aus. Man macht dann weiter geltend, die Resolution sei schon 1860 und 1861 angewendet worden und fruchtlos geblieben. Die Amendirung allein biete positive Grundlagen für ein Gesetz. Aber ich muß gestehen, ich verstehe diese Gründe nicht. Die Resolutionen von 1860 und 61 sind doch nicht deshalb wirkungslos geblieben, weil sie nur Resolutionen waren, sondern nur deshalb, weil man in einer Minute Ja und Nein! sagte, weil man keine Reorganisation zulassen wollte und doch dafür eine Geldbewilligung eintreten ließ. Man glaubt, durch die Amendirung seine Regierungsfähigkeit documentiren zu müssen. Ich meine aber, daß es damit, die Regierungsfähigkeit zu erproben, noch keine Eile hat. Man erblidt endlich in der Amendirung eine geeignete Unterlage für den Fall eines Systemswechsels: ich aber meine, daß, wenn ein solcher Wechsel wirklich eintreten sollte, man mit dieser Grundlage doch nicht zufrieden sein wird. Dazu kommt aber, daß die Arbeit der Commission nur Stückwerk ist.

Solche Gesetze sind wir nicht für uns allein zu Stande zu bringen geeignet, nur ein Haus im Verein mit der Regierung ist fähig, diese Aufgabe zu lösen. Es ist im Widerspruch, ein Gesetz zur Annahme zu empfehlen und am Schluß die Versicherung auszusprechen, daß die Regierung nicht bestimmen werde und daß diese Regierung das Gesetz nicht durchführen könne. Wie wird aber endlich das Land es aufpassen, wenn man die wichtigsten Fragen zu lösen vorbehält, was wird es zu der Erhöhung des Budgets sagen? Es wird uns dann nicht mehr mit der Wucht zur Seite stehen, wie bisher. Das Land wird aus der Resolution besser verstehen, was das Haus will, als aus den Amendements. Vereinen wir uns daher in dem einfachen Ausdruck, daß wir das Gesetz nicht annehmen können, in der Erklärung, daß wir die Verbesserungsfähigkeit des Gesetzes v. J. 1814 anerkennen, aber auch anerkennen, daß die gegenwärtige Regierung zu dieser Verbesserung unfähig ist und wir deshalb bis zum Fall des gegenwärtigen Systems festhalten wollen an dem bisherigen gesetzlichen Zustand. (Bravo links.)

Abg. Taddel: Aus dem Munde Sr. Majestät habe man den Ausspruch vernommen: „Das preussische Heer ist das Volk in Waffen.“ Der Herr Kriegsminister habe dem Abgeordneten für Bielefeld in der Sitzung vom 27. Mai 1861 auf dessen Bedenken wegen der Reorganisation entgegnet: „unser Heer ist ein Volkshäer und kein Soldatenheer; ich sage ein Volkshäer, weil es aus dem Volke hervorgegangen und aus den achtbarsten Elementen des Volkes hervorgebildet ist.“ Dagegen habe der Herr Kriegsminister in der Sitzung vom 11. Februar v. J. auf ein gleiches Bedenken desselben Abgeordneten erwidert: „Der Herr Abgeordnete will ein tüchtiges Heer haben, aber kein Soldatenheer. Ja, m. H., da stehen wir wieder vor dem prinzipiellen Gegensatz, da stehen wir wieder vor der bekannten Kluft. Ich muß sagen, daß ein Soldatenheer durchaus nothwendig ist, und zwar um deshalb, weil es schneidet für die Fälle, wo der Staat des Messers bedarf.“ Dieser principieller Gegensatz aber in keiner Weise gerechtfertigt, denn man wisse aus Erfahrung, daß auch ein Volkshäer, wenn es gut gehandhabt werde, ein scharfes Messer sei, freilich kein zweischneidiges. Die Vorlage der Staatsregierung habe versucht das Volkshäer in ein Soldatenheer in dem Maße umzuwandeln, daß im Frieden schon eine mobile Feldarmee bestehen soll und

habe damit zur Absicht, die in den höchsten Regionen herrschende Ansicht, daß Preußen nur so seine Bedeutung und sein Ansehen als Großmacht aufrecht erhalten könne, zu verwirklichen.

Redner entwickelt dann, daß die Regierung nicht berechtigt sei, die Reorganisation einzuführen, und ferner die Nachteile der von der Regierung vorgelegten Novelle. Die zum Dienste eingezogenen Mannschaften würden nach Ablauf der 3jährigen Dienstzeit noch 8 Jahre hindurch der unbefchränkten Disposition der Militairbehörde und der militärischen Disciplin unterworfen sein. — Der Herr Minister-Präsident halte die Zustimmung des Hauses zur Führung eines Krieges nicht für nöthig, messe vielmehr der Staatsregierung die Macht bei, nach ihrem Gutbefinden über Gut und Blut des Volkes zu disponiren. Abgesehen hiervon würde die Bestimmung der Kosten für die Unterhaltung des Heeres nicht mehr vom Abgeordnetenhaus, sondern vom Belieben der Staatsregierung abhängen und die Festsetzung des Etats würde zu einer leeren Formalität. Die Commission habe ein vollständiges Gesetz über die Heeresorganisation ausgearbeitet. Die Commission habe außerdem in einer Resolution die dringendsten Reformen aufgestellt, damit ein künftiges Ministerium darüber nicht im Zweifel sei, welche Anforderungen die Landesvertretung an die Wehrverfassung mache. Als Mitglied der Commission halte er sich verpflichtet, den Vorschlägen derselben beizutreten. Wäge der Beschluß des Hauses ausfallen wie er wolle, so lassen Sie uns denselben einstimmig oder mit überwiegender Majorität fassen. Unsere Stärke beruht in unserer Einigkeit. Concordia res crescit. (Bravo.)

Abg. Graf Bethusy-Duc (sehr schwer verständlich): Der Commissionsentwurf enthalte einen Angriff auf Preußen als Königlich, als Verfassungs-, als Intelligenz- und als Militairstaat. Die Organisation des Heeres gebühre dem Könige kraft seines Oberbefehls. Ein Angriff auf die Prärogative der Krone liege in dem Verlangen nach einem Rekrutierungsgesetz und der Bestimmung limitirter Aushebung, da dem Könige das Recht zustehe, nach seinem Ermessen Theile der wehrfähigen Mannschaft auszuheben. Einen Angriff auf den Intelligenzstaat enthielten die Resolutionen, welche den Unterofficieren ohne Prüfung das Aufsteigen in Officiersstellen gestatten wollen. Die Sicherheit des Staates bedürfe ein starkes stehendes Heer. Daß die Landwehr in den Tagen der Begeisterung Großes geleistet, sei wahr; aber er müsse an das Dichtermort erinnern: „Begeisterung ist keine Heringswaare“, die sich aufspeichern läßt auf viele Jahre. Redner erklärt sich sodann gegen das Institut der Landwehrrekruten als völlig unpractisch, gegen die Abschaffung der Ehrengerichte. Mit der Beschränkung der Präsenzzeit auf zwei Jahre könne er sich dagegen unter Umständen einverstanden erklären.

Abg. Parrissius (Brandenburg) für die Commission. Nachdem der Gesetzentwurf der Regierung in der Commission vollständig gerichtet worden ist, hätte man erwarten dürfen, daß das Ministerium jetzt den Gesichtspunkt bezeichnete, welchen die Regierung dem Entwurfe der Commission gegenüber einnehme. (Sehr wahr!) Es würde sich eine ganz andere Diskussion haben daran knüpfen lassen. Redner führt alsdann aus, daß es gut sei die verschiedenen Auffassungen in dieser schwierigen Frage auszusprechen. Die Einigkeit der liberalen Fractionen werde dadurch nicht getrübt. Er verweist alsdann auf den „vortrefflichen“ Bericht der Commission und erklärt sich für denselben, weil es vollständig ungebrauchlich sei, einem förmlichen Gesetzentwurf gegenüber sich in bloßen Resolutionen auszusprechen. (Beifall.)

Abg. Meibauer: Nachdem die Aufforderung des Vordrängers an die Staatsregierung mit einem berechneten Schweigen beantwortet worden, sei es wohl unzweifelhaft, daß die Regierung an den Erklärungen stricke festhalte, die von ihren Commissarien in der Commission abgegeben worden. — Die gegenwärtige Frage sei jetzt nur eine hervorragend politische: Nachdem das Haus in feierlichster Form das Ministerium der Verfassungsverletzung schuldig erkannt hat, verlange die Regierung in ihrem Gesetzentwurf die einfache Sanction des Unrechts, welches diese Verletzung hervorgerufen, und die Verstärkung der Mittel, welche ihre Verwendung nicht im Interesse des Vaterlandes, sondern voraussichtlich im Dienste einer verfassungsfeindlichen Partei, vielleicht gar zur directen Vernichtung des verfassungsmäßigen Landesrechts finden würden. Der Gesetzentwurf der Regierung charakterisire sich im Inhalt und Form als eine Verhöhnung der Landesvertretung. Dem gegenüber trete an das Haus die Forderung heran, die Ehre und Würde und das Ansehen dieses Hauses und damit des Landes zur berechtigten Geltung zu bringen. Demnach aber scheine ihm die einfache Verwerfung der Regierungs-Vorlage dringend geboten, nicht aber ihre Verbesserung.

Man habe ferner geltend gemacht, das Haus müsse sich positiv aussprechen. Die Wünsche des Landes und die Ansichten des Hauses haben sich nicht einmal, sondern in allen möglichen Formen kundgegeben. Diese Wünsche gehen aber dahin: ein starkes aber volkthümliches, dem Verfassungsstaate eingeführtes, nicht außerhalb desselben stehendes Heer, verkürzte Dienstzeit, Einschränkung der Militairgerichtsbarkeit, Aufhebung der Cadettenhäuser, Unterofficiers-Advance, eine starke abgeforderte in sich festgeliebte Landwehr. — Dem Hause bleibe, seiner Meinung nach, nur die Wahl, entweder die ganze Organisation durch ein umfassendes Gesetz selbst zu schaffen oder die Vorlage eines solchen von der Regierung abzuwarten. Daß das Eine und halb das Andere thun, heiße die Frage verwirren, statt sie zu lösen. Die Form der Amendirung habe aber noch das Bedenkliche, daß dem Ministerium dadurch eine Mehrbelastung des Landes von etwa 3 Millionen zugestanden werde. Wisse er auch, daß der Referent und seine Freunde damit keineswegs ein Vertrauensvotum gegen das Ministerium im Sinne

gehabt, so sei diese Bewilligung thatsächlich doch geeignet, die Stellung des Ministeriums an maßgebender Stelle zu befestigen. Man könnte wohl einwenden, daß bei Fragen des allgemeinen Landeswohles die Frage nach Vertrauen oder Mißtrauen nicht in Betracht gezogen werden dürfe. Dem gegenüber erinnere er an das patriotische Verhalten des ersten vereinigten Landtages bei Gelegenheit der Eisenbahnleihe, welche die Regierung 1847 verlangt, und an die ähnliche Situation, in der sich das Haus befinde. Damals, könne man allerdings sagen, habe es sich bloß um die innere Wohlfahrt gehandelt, jetzt gelte es auch der äußeren Sicherheit. Die Existenz des gegenwärtigen Ministeriums sei aber gerade die Hauptursache dieser äußeren Unsicherheit; deshalb dürfe das Haus dem Ministerium keine moralische und keine materielle Stütze geben, wodurch irgendwie befestigt werden könnte. — Der Inhalt der Amendements selbst gebe aber zu Bedenken Veranlassung. Die beiden großen liberalen Fractionen vereinigten sich in dem Wunsche, daß die Reorganisation zerstückt und die Landwehr aufrecht erhalten werde. Durch die Amendements der Commission aber würde dieser Zweck in keiner Weise erreicht. Der Bericht beziehe sich allerdings auf die Erklärung der Regierung, daß sie die Cadres nicht auf 340 Mann verringern könne. Diese Erklärung sei indeß die einzige Schranke der Regierung und gebe durchaus keine Gewähr. Die Regierung würde unzweifelhaft lieber die Zahl der Mannschaft in den einzelnen Cadres verringern, als ein einziges der bestehenden Cadres auflösen. Durch die Bewilligung der 60,000 Mann werde daher wider alles Wollen die Reorganisation der Regierung genehmigt. Allerdings beantrage die Commission hinterher, in einer Resolution auszusprechen, daß die Regierung unfähig sei, das Heerwesen im Sinne des Hauses zu regeln. Niemand aber habe eine Bürgschaft dafür, daß das Ministerium das Gesetz nicht doch in seinem Sinne ausführe; durch die Resolution wenigstens würde es sich nicht gebunden erachten. Auch die Aufrechterhaltung der Landwehr werde durch die zweijährige Dienstzeit nicht erreicht. Mit der dreijährigen Reserve würde der Kriegstand der stehenden Armee auf 300,000 Mann erhöht; damit sei die Bedeutung der Landwehr unvereinbar. Gegen den Mißbrauch des Gesetzes sei bei diesem Ministerium keine Schranke möglich. Die sogenannte Regierungsfähigkeit werde nicht durch dies Gesetz, sondern durch das Gesamtverhalten des Hauses erprobt. Die Einmütigkeit der liberalen Parteien sei die Hauptsache. Im Interesse dieser Einmütigkeit empfehle er die Amendements Birchow und Rüning. (Bravo links.)

Abg. Dr. Gneist: In der großen Mehrheit dieses Hauses herrscht keine Differenz in dem, was zunächst die Hauptsache ist. Die Schwierigkeiten, welche sich der Arbeit der Commission in den Weg stellten, waren sehr bedeutend. Sie war einer factisch bestehenden Reorganisation gegenüber gestellt mit dem Auftrage, zu ermitteln, welches die nächsten Schritte gegenüber dieser Reorganisation sein müßten. „Reorganisation“ ist nur ein Wort, aber dies ein Wort enthält viele Dinge. Es liegt darin erstens die Zahl der auszuhebenden Mannschaften. Diese Zahl ist bisher niemals durch Gesetz bestimmt gewesen. Factisch betrug die Aushebung in den Jahren vor der Reorganisation etwas über 30,000 bis 50,000 Mann jährlich. Die Reorganisation betrifft zweitens die Länge der Dienstzeit, die, gesetzlich auf 3 Jahre bestimmt, allmählich auf 2 Jahre ermäßigt war, dann auf 2½ Jahr wieder erhöht wurde und jetzt wieder 3 Jahre betragen soll. Die Reorganisation erstreckt sich ferner auf den Beamten-Stat. Dem durch die Aushebung gegebenen Theil der Armee stehen gegenüber die Militärbeamten, die nun zwar bei uns anders nennt, die aber nichts anders sind: die Offiziere, die Unteroffiziere, die sogen. prima plana. Hier sind durch eine nicht publicirte Cabinetsordre ganz andere Grundsätze, als die bisherigen, aufgestellt. Die Reorganisation umfaßt viertens die Cadres. Sie erstreckt sich fünftens auf die Stärke der Cadres; eine publicirte Cabinetsordre fixirt die Stärke der Bataillons, von denen jene abhängt, auf 1002 Mann. Die Reorganisation greift sechstens tief ein in das Verhältnis der Armee zur Landwehr. Das ist der politische Theil derselben und ich benutze gleich diese Gelegenheit, um den Vorwurf zurückzuweisen, daß die Commission in ihren desfallsigen Vorschlägen positiv und bewußt bestehenden Verhältnissen und der historischen Entwicklung entgegengetreten sei.

Von dem Standpunkte des Absolutismus ist nicht anders möglich, als die nicht bestehenden Klassen zu bewaffnen und die bestehenden zu entwaffnen. Die krummstieligen Stände sind der auf dieses Ziel gerichteten Entwicklung stets mit Mißtrauen gefolgt. Noch vor 100 Jahren war die Armee identisch mit den politisch berechtigten Klassen. Das hat sich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt geändert. Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt ist das Offiziercorps weniger, was es in jener Beziehung war, die alte Regel ist jetzt Ausnahme geworden. Der ehemalige Charakter ist ausgegangen in die des Staatsbeamten. Die heutige Bewaffnung der minderjährigen Klassen des Volks unter Anführung von Beamten ist etwas ganz anderes, als die Armee vor 100 Jahren. Die Landwehr gleicht dies Mißverhältnis aus, sie führt der Armee jenes verlorene Element, die bestehenden Klassen wieder zu, das sollte man gerade vom Standpunkte des Königthums, der Hohenzollern aus befördern. In der Landwehr steht der Bewaffnung der nicht bestehenden Minderjährigen gegenüber die Bewaffnung der Großjährigen, der bestehenden Klassen. Dieselbe ist aufrecht zu erhalten. Daß diese verloren ist, das ist eben die politische Bedeutung der Reorganisation. — Als im Jahre 1850 die Verfassung zu Stande kam, da ist diese Armee durch den Art. 35 ausdrücklich anerkannt worden. Der König hat mit der Verfassung auch den entscheidendsten Theil derselben, die Heeresverfassung, beschworen; die Verfassung hat die Armee von 1850 sanctionirt, aber nicht die Reorganisation von 1861. Dieses Haus konnte nicht anders, als diese Armee von 1850 anerkennen, und Niemand hat versucht, im Wege der Budgetbewilligung oder wie sonst daran zu rütteln. Denn Verfassung und Gesetz stehen auch über der Budgetbewilligung. Die Aenderung des Charakters der Armee wäre also nicht anders vorzunehmen, als im Wege der Gesetzgebung. Und die Garantie für die Erhaltung dieses Charakters liege zunächst in der festen Ordnung der Centralbehörden.

Die Garantie lag zweitens im Gesetz. Denn die Gesetze wurden bekanntlich nur so weit publicirt, als sie die Verwaltungs- und die Justizbehörden gleichzeitig angingen. Sie lag drittens in dem königlichen Wort. Ich erinnere daran, wie Friedrich Wilhelm III. und Friedrich Wilhelm IV. nöthig gefunden haben, dem Widerwillen gegen die Landwehr persönlich entgegen zu treten und zu erklären, es sei ihr Wille, daß dieselbe geehrt und erhalten werde. — Dazu kamen drei weitere Garantien durch die Verfassung: Erstens der Eid der Minister auf den Art. 35 der Verfassung — und selbst das Ministerium Manteuffel-Weiphalen hat nie versucht daran

zu rütteln. Zweitens das Budgetbewilligungsrecht der Kammer, das in der civilisirten Welt anerkannt ist, soweit das Wort „Budget“ bekannt ist. Die dritte Garantie ist die Ministerverantwortlichkeit, die selbst dieses Ministerium dem Grundsatz nach anerkannt hat.

Trotz dieser alten und neuen Garantien sehen wir in kurzer Zeit wie auf Zauber Schlag eine in finanzieller und volkswirtschaftlicher Beziehung neue Armee entstehen. Aus den 40,000 Mann der Aushebung sind 60,000 Mann geworden, die dreijährige Dienstzeit ist wiederhergestellt, die Beamtenetats sind erhöht, fast verdoppelt, der Charakter der Armee selbst ist wesentlich verändert, die ganze Zusammensetzung ist eine andere geworden, die Landwehr-Cavallerie ist aufgelöst, von der Infanterie sind nur 104 Bataillone übrig geblieben.

— Das Alles ist zu Stande gekommen ohne Gesetz, ohne Verordnung, ohne Königl. Cabinetsordre, ohne die allernöthigste Form, die der absolutistische Staat Europas doch stets für nothwendig gehalten hat. Es ist völlig unverständlich, wie man dabei behaupten kann, daß dies auf dem Boden der Verfassung geschehe, wie man gewissermaßen das Motto „Reorganisation und Verfassung“ aufstellen kann, während man sagen mußte, „Reorganisation trotz der Verfassung“.

Und was ist aus diesen Schranken geworden? Zuerst geschah ein Bruch in der Ordnung der Centralverwaltung. Nach der Organisation unserer Verwaltung war es unvermeidlich, daß die neue Einrichtung auf Widerspruch stieß. Diesen zu brechen war die Ministerverantwortlichkeit allein da, um die Lücke zu ergänzen, machte man es in dem verfassungsmäßigen Staat so, daß man denselben umkehrte. Es wird ein Gesandter aus Paris geholt, um die finanzielle Verfassungsfrage in Ordnung zu bringen; es wird ein Consularbeamter, der eben die Reise um die Welt beendet, beauftragt, die inneren Verfassungsfragen zu regeln (Heiterkeit), ein Staatsanwalt, die Justiz zu verwalten (Heiterkeit), ein Mitglied des Oberkirchenraths, den Unterricht in das rechte Geleis zu bringen (Heiterkeit), ein ehemaliger Finanzminister wird gleich einem Diktator vom Pfluge aus seiner fernsten Heimath wieder herbeigeholt! Es ist dies Umkehren der Verhältnisse der charakteristische Zug des Bruchs in der Verfassung. Es ist so oft von der Solidarität dieses Ministeriums die Rede. Ich möchte nur die eine Frage stellen, ob, wenn Jemand vor einem Jahre den acht Herren, welche heut auf der Ministerbank das Königthum von Gottes Gnaden repräsentiren, gesagt hätte, daß sie heut zusammen Minister sein würden, nicht ihr eigenes Erscheinen noch größer gewesen sein würde, als heut das Befremden der ganzen Nation? Es handelt sich für sie auch nur darum, die Reorganisation aufrecht zu erhalten. Der Staat ist bereits aus seinem inneren Halt heraus. Ich mache darauf aufmerksam, daß unsere Commission über einen Gesetzentwurf zu berathen hatte, der dem Lande neue persönliche und finanzielle Lasten auflegen soll, bedeutender als alle indirecten Steuern, daß sie über einen Gesetzentwurf verhandelte, dessen Kosten viel bedeutender sind als die Hälfte aller anderen Staatsausgaben zusammen. Und während dessen ist in der Commission auch nicht eine Spur von den Ministern des Innern und der Finanzen zu erblicken gewesen. Das charakterisirt besser als alles Andere den Geist der inneren Verwaltung. (Zustimmung.)

Was den zweiten Garantiepunkt anbelangt, das Budget-Recht des Landes, so half die eigenthümliche Methode der Interpretation darüber hinweg. Von jeher waren die wichtigsten Gesetze staatsrechtlichen Inhalts von den Ministern ausgelegt worden, aber freilich um das Budgethinderniß zu beseitigen, dazu bedurfte es der Veranjung dieses Herrn (auf den Ministerpräsidenten zeigend). Nach der früheren Geschichte des Herrn v. Bismarck war es notorisch, daß er kein Recht kennt, kraft dessen die Landesvertretung Geldmittel verweigern könnte, sondern nur ein Recht zu bewilligen. Als Sachverständiger habe ich diese Auslegung nur als abentheuerlich bezeichnen können. — Die dritte und letzte Frage, die hier in Betracht kommt, ist die der Ministerverantwortlichkeit. Wie es damit steht, ist bekannt.

So bot der ganze Verlauf des Conflictes Veranlassungen, ihnen das Motto entgegenzusetzen, welches man jetzt den Regierungen, wie früher der Kirche, zurufen mußte, daß der Zweck nicht die Mittel heiligt. (Zustimmung.) Das Ministerium hat die Reorganisation durchgeführt, aber es hat sie erworben auf Kosten der höchsten Güter des Staats. Was die Art, in welcher die Reorganisation durchgeführt ist, bedeutet für die preussische Dynastie, das wird unser Staat vermöge seiner innern Lebenskraft verwinden, aber jeder von uns wird bis an sein Lebensende verspüren, welchen Einfluß die Handlungsweise des Ministeriums auf die Stellung der Dynastie gehabt hat. Dagegen ist kein Widerspruch möglich. (Lebhaftes Bravo!)

Nachdem der Conflict erstanden, wurde ein Entwurf vorgelegt, um die blutenden Wunden zu bedecken. Nachdem durch Interpretation der Gesetze im Wege der Decretur der Minister, unter Benützung des selbstgeschaffenen Werkes „Kriegsheer“ im offenen Widerspruch mit allen Grundsätzen des deutschen Staatsrechts, die persönlichen Lasten für den Kriegsdienst um mehr als die Hälfte, die finanziellen Lasten in ungeheurer Weise vermehrt wurden, durfte man wenigstens darauf rechnen, daß der Entwurf der Willkür der Ministerdecretur eine Grenze setzen würde. Wie aber Jemand, der sich von einem Offizier beleidigt fühlte, und dies ausspricht, einen Triumph auf die Beleidigung erwerben darf, so ist der Kriegsminister von der Befugniß der nachten Willkür des Decretirens nicht um eine Linie breit gewichen. Es wird die dreijährige Dienstzeit beibehalten, es wird die Reservepflicht um zwei Jahre verlängert, es werden Vorbehalte gemacht, um die entlassenen Mannschaften nach Belieben wieder in das stehende Heer einzureihen. Diesem Gesetze zustimmen heißt den Kriegsminister zum siegreichen Imperator machen, der jedes Jahr nach seinem Belieben die Zahl der jährlichen Aushebung, die Stärke des Heeres decretirt. Diesem Gesetze gegenüber war es nicht möglich zu amendiren, man mußte auf die Grundlage, auf das Gesetz vom Jahre 1814 zurückgehen. Um die ganze Reorganisation gesetzlich zu ordnen, fehlen uns aber militärische Kenntnisse und Vorarbeiten. Wenn hohe Militärs von ihrem einseitigen Standpunkte aus sich über die wichtigsten Grundsätze des Staatsrechts hinwegsetzen, so dürfen wir nicht in ben entgegengegesetzten Fehler verfallen. Hätten wir aber auf gesetzgeberische Thätigkeit ganz verzichtet, so würden wir damit nicht weiter gekommen sein als im vergangenen Jahr. Das Problem für uns ist es, die Reorganisation an einem Punkte so zu fixiren, daß wir dem ärgsten Mißbrauch entgegengetreten. Das Gesetz von 1816 setzt nichts über die Stärke des Heeres fest. Wir müssen diese Lücke ausfüllen durch etwas, was der Interpretation nicht ausgesetzt ist, eine bestimmte Zahl, durch die dem Ermessen der Regierung ein Riegel vorgeschoben wird. Diese Zahl ist das Normale in dem Entwurfe.

Sie enthält kein Zugeständniß an die Regierung, denn letztere war bisher durch keine gesetzliche Zahl an ein Maß der Aushebung gebunden. Daß eine solche Zahl gesetzlich schon bestanden habe, ist eine Unwahrheit, und wer sich auf eine Unwahrheit stützt, stellt sich auf den schwächsten Boden in seiner gesetzgeberischen Thätigkeit. Wir normiren die Zahl der jährlichen Rekrutierung auf 60,000 und damit fixiren wir zugleich die Stärke des präsenten Heeres auf die Zahl, die sie im Jahre 1859 betragen hat. Es kam ferner darauf an, daß die Reorganisation nicht in Conflict gesetzt werde mit der allgemeinen Wehrpflicht und der Existenz der Landwehr. Darum war die zweijährige Dienstzeit unerlässlich. Die zweijährige Dienstzeit und die 60,000 Rekrutierung gehören durchaus zusammen; kein Buchstabe darf von dem andern getrennt werden. Daß wir die zweijährige Dienstzeit auf die Infanterie beschränken, hat seinen Grund darin, daß sie bei dieser Waffe 20 Jahre unter vier Kriegsministern und 2 Königen bestanden und daß die Infanterie mit der zweijährigen Dienstzeit vom hochfesteigen Könige das Zeugniß absoluter Kriegstüchtigkeit erhalten hat. Verkürzung der Dienstzeit ist absolut nothwendig; sie muß verbunden werden mit einer Rekrutierung von solcher Stärke, daß die Präsenz Zahl von 1859 erreicht wird. Die von der Commission vorgeschlagene Zahl allein giebt der Landwehr die ihr gebührende Mannschaft wieder. Außerdem führen wir ihr zugleich auch die nöthige Anzahl von Offizieren zu. Außerdem aber mußte der Grundsatz der Landwehr deshalb festgestellt werden, weil nur damit der Grundsatz der „allgemeinen Wehrpflicht“ zu einer thatsächlichen Wahrheit gebracht werden kann. Man mag die abkömmlichen Leute besser ausüben, aber man bestimme nicht durch die nackte Willkür des Vorgesetzten, daß die eine Hälfte der Bevölkerung die Militärlast mit all ihren persönlichen Beschwerden trage, während die andere Hälfte in dieser Beziehung ganz frei ausgeht. Eine Aushebung von 60,000 pro Jahr stellt annähernd dieselben Proportionen wieder her, die 1814 vorhanden waren und führt der Landwehr proportionirlich dieselben Kräfte wie ehemals wieder zu. Mehr, meine Herren, kann ein Gesetz an dieser Stelle nicht leisten. (Beifall rechts.)

Ich muß noch einem Mißverständnis entgegenreten, als handle es sich hier um Concessionen diesem Ministerium gegenüber. Es handelt sich nur darum, die Landesbeschwerden gegen den bestehenden Zustand der Armee scharf zu formuliren und sie in einem Punkte zur Geltung zu bringen, wo unabhängig von unserm Verhältnis zur zeitigen Verwaltung auf der Stelle eine Wirkung möglich ist. (Beifall.) Hier dreht es sich noch um eine höhere als um eine bloße Budgetfrage; hier handelt es sich um die eigentliche Grundlage der politischen Freiheit, also um Dinge, die über Geld und Gut hinausgehen. Es handelt sich nicht um eine finanzielle Mehrbelastung, sondern darum, daß die Armee unbeschadet ihrer Schlagfertigkeit, ja unter bedeutender Erhöhung derselben, in Harmonie gebracht werde mit der Verfassung und dem gesammten wirtschaftlichen Leben des Volks. (Bravo.) In dieser Lage müssen wir zu stärkeren Mitteln, als zu einem bloßen Proteste greifen. Wir müssen so bestimmt als möglich die Forderung der Rückkehr der Armee auf den Boden der Verfassung aufstellen. Protest und Resolution, als allgemeine Gedanken sind nur halbe Gedanken; in der Formulierung eines Gesetzes sind es ganze Gedanken.

Jetzt handelt es sich darum, die Grenze zu finden, die vor allen Dingen gesteckt werden muß, um auf den Boden einer Verfassung zu gelangen, die unsere alte Heeresverfassung ist. Oder kann man sagen, wenn man auch einem solchen Ministerium gegenüber ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz beschließt, man transigire mit diesem Ministerium (Heiterkeit, Beifall)? Wir dürfen nicht vergessen unsere Stellung als mitberechtigter Gesetzgeber. Diese Armee ist überhaupt nicht das Werkzeug irgend einer Verwaltung, sie ist auch nicht das Privateigenthum Sr. Maj. des Königs, sondern sie ist ein gemeinsames Fideicommiss der preuss. Monarchie aus ihrer politisch entscheidenden Zeit. Dieses Fideicommiss haben wir zu bewahren und müssen dazu die klare Rückkehr auf den Rechtsboden aussprechen. Das ist die Aufgabe und der Inhalt dieser Vorlage, nicht aber ein Angebot an irgend Wen (Beifall). Endlich liegt gerade in der Mäßigung dieser Vorschläge der Commission ihre Stärke. Bei einem Ringen nach der Feststellung der äußersten Grundlagen der Verfassung, ziemt es sich nicht, herabzusteigen zu einem bloß parlamentarischen Kampf gegen ein besonderes ministerielles System. Wir hatten vor Augen die Gefahr des Landes; ich frage jetzt nicht wer die Verwicklungen verschuldet hat, die Verwicklungen im Innern des Landes, die Entfremdung des deutschen Volkes Preußen gegenüber, heute haben Sie zu erwägen, so ist die Lage des Landes! Verwirklichen Sie die jetzt unmittelbar unser Land bedrohenden Gefahren, so wird wohl ein zweites Jena geschlagen werden für gewisse Personen und eine gewisse Partei, aber ein Jena für unsern Staat, für unser Volk, für unsere Armee wird das nimmermehr. (Lebhafter Beifall.) Es gibt kein vollständigeres Zeugniß dafür, daß das Preussische Volk die beschworene Verfassung, welche es hat, auch verdient, wenn es die Fähigkeit besitzt, in solcher Lage die höchste und Gesamtaufgabe des nationalen Lebens nicht zu vergessen. (Beifall.)

Darauf bringt Abgeordneter Schulze (Berlin) Resolution ein, welche im Wesentlichen mit der Dunder'schen übereinstimmt. (Wortlaut morgen.)

Politische Uebersicht.

Ein uns heut aus Berlin zugegangener Brief, den wir morgen veröffentlichen werden, meldet, daß voraussichtlich die Militairnovelle der Regierung mit allen gegen 10 Stimmen abgelehnt und der Entwurf der Commission mit circa 250 Stimmen angenommen werden wird. Dafür werden stimmen das linke Centrum, die katholische Fraction, der parlamentarische Verein, ein Theil der Fraction Vinde und ein Theil der Fortschrittspartei.

Nach einer officiösen Mittheilung der „Elberf. Ztg.“ gehen die nach der Provinz Posen abgeordneten Instructionen dahin, „daß die Localbehörden zur Verhängung von Ausnahmemaßregeln überall da autorisirt sind, wo sich das Bedürfniß einer solchen Maßregel thatsächlich herausstellen sollte.“

Deutschland.

— Se. H. der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen wird sich, wie verlautet, in Folge einer ihm von dem Kaiser der Franzosen zugewungenen Einladung zum Besuch in das Lager von Chalons begeben.

— Der Zustand des Gey. Rathes Waldeck hat sich in den letzten Tagen wieder so verschlimmert, daß er das Bett hüten muß. Voraussichtlich wird er sich erst in einigen Wochen wieder an den Kammer-Verhandlungen betheiligen können.

— Wie man erfährt, ist unter der Leitung des Ober-Ceremonienmeisters Grafen von Stillsried ein größeres preussisches Wappen angefertigt worden, das in seiner Ausstattung

in mehreren Punkten von dem bisherigen Wappen abweicht. Der König soll dies neue Wappen bereits in diesen Tagen in Augenschein genommen haben.

Die „Nat. Stg.“ schreibt: Wenn von offizieller Seite bisher England mit besonderer Zuversicht als unfehlbarer Bundesgenosse Preußens für alle dringenden Fälle bezeichnet wurde, so dürfte nach der Veröffentlichung des englischen Blaubuchs wohl diese Illusion nicht länger aufrecht erhalten werden. Vielmehr betrachtet man es als einen wesentlichen Zweck der Veröffentlichungen der englischen Regierung, Hr. v. Bismarck ein möglichst starkes Mißtrauensvotum zu geben. Jedenfalls ist er unter allen fremden Ministern derjenige, auf welchen durch diese Actenstücke das am wenigsten vortheilhafte Licht fällt.

England.

London, 4. Mai. Der „K. Z.“ wird von hier geschrieben: „Die Antworten Rußlands lauten wenig tröstlich für die Freunde des Friedens. Zwar wird Frankreich die Vertheidigung der bevorstehenden Wahlen thun, als sei nun die Verständigung mit Rußland gesichert, aber, wie man aus Paris vernimmt, ist man dort genau so wenig von Rußlands Haltung befriedigt, als hier. Auch die mögliche Wendung der österreichischen Politik nöthigt Frankreich, vorläufig mit Rußland schon zu thun; es wird sich aber bald zeigen, daß weder Frankreich noch England sich durch die Ausflüchte Rußlands beschwichtigen lassen wollen und können. Die beiden Cabinete sind in dieser Frage gegenwärtig vom besten Einvernehmen beseelt und England dürfte manche Regierung durch sein energisches Auftreten in der Sache überraschen. Rußlands Insinuation, daß die polnische Revolution in England vorbereitet worden sei, und die Zumuthung, die europäischen Mächte sollten Rußland erst bei Beseitigung des Aufstandes in Polen behilflich sein, hat einen übeln Eindruck gemacht. Ueberhaupt steht die russische Regierung auf einem Standpunkte, von dem aus keine Annäherung an die Westmächte möglich ist. Auch höre ich, daß die französische Regierung und das hiesige Cabinet in jüngster Zeit mehrfach Depeschen gewechselt haben, die sich auf die preussische Politik beziehen.“

Danzig, den 8. Mai.

Die Kreuzzeitung meldet: Der Präsident der Regierung zu Danzig v. Blumenthal ist nunmehr zum Präsidenten der Regierung zu Sigmaringen ernannt worden.

* Das Kriegsministerium hat zum Anlauf von Remonten für dieses Jahr im hiesigen Regierungsbezirk und den angrenzenden Bereichen nachstehende Märkte anberaumt: Den 9. Juni in Marienburg, 11. Juni in Br.-Holland, 12. Juni in Reichenbach, 18. Juni in Braunsberg, 31. August in Lauenburg, 2. September in Neustadt, 5. September in Dirschau, 7. September in Mewe, 8. September in Marienwerder, 9. September in Neuenburg.

[Schwurgerichtsverhandlung am 7. Mai.] In der Nacht vom 3. zum 4. November 1861 brannten eine Scheune und drei Stallgebäude des Gutes Dargelow herunter. Es wurden durch das Feuer 8 Ochsen, 10 Kühe, 14 Pferde und 738 Schafe getödtet, das ganze todte Inventarium und beinahe die gesammte Ernte zerstört. Der dadurch angerichtete Schaden betrug außer den Gebäuden 12,000 Thlr. und traf den Pächter des Gutes Dargelow, Herrn Allan. Außerdem wurde das Leben von 4 Knechten aufs äußerste gefährdet, die in dem abgebrannten Viehstall schliefen und erst erwachten, als das Gebäude schon Feuer gefangen hatte. Ueber die Thäterschaft konnte anfangs nichts festgestellt werden. Im Frühjahr 1862 zogen die Gebrüder Michael und Johann Rohde, welche bisher in Dargelow gewohnt hatten, nach Abbau Brzozowien, zum Rittergute Lewinno gehörig. Kaum 14 Tage nach ihrem Einzuge brannte ein großer Haufen Kastenholz ab, dann in der Nacht vom 27. zum 28. April 1862 die Kathe selbst, welche sie bewohnten. Nunmehr zogen die Gebrüder Rohde nach Lewinno in eine Kathe, die dicht neben den Gebäuden des Ritterguts liegt und dem Baron v. Räsfeld gehört. Nun folgte Brand auf Brand. 1) Am Abend des 22. Mai 1862 brannten die bedeutenden Schafställe des Gutes Lewinno herunter. 2) Am Abend des 3. Juli v. J. entstand Feuer in den Wirtschaftsgebäuden des Ritterguts Lewinno. Es brannte ein Pferdehals, ein Wagenschuppen, zwei Scheunen und die Kathe der Gebrüder Rohde ab. Der Schaden, welcher dadurch herbeigeführt worden ist, beträgt nahezu 14,000 Thlr. In dem Pferdestall schliefen 7 Knechte, und diese waren in größter Gefahr, denn sie erwachten erst dann, als ihnen das Feuer auf das Bett fiel. 3) Am Abend des 8. August 1862 ging ein Heustaden des Herrn v. Räsfeld in Feuer auf. Das Feuer in einem unweit entfernt stehenden Getreidefaden wurde rechtzeitig entdeckt und gelöscht. Der Werth des Heustadens betrug ca. 800 Thlr., der des Getreidefadens 2,000 Thlr. Von diesen Ständen aus, auf das freie Feld hinaus, entdeckte man eine ganz auffallende Fußspur, nämlich so, daß die Spur des rechten Fußes ganz nach auswärts gelehrt, auch kleiner war, als die des linken. Michael Rohde ist ganz lahm und setzt seine Füße in dieser Weise; in der ganzen Gegend hat auch kein Anderer solche Spur und legiere gemessen und in Papier ausgeschnitten, stimmen genau mit den Stiefeln des Michael Rohde. Hierdurch wurde der Verdacht der Brandstiftung gegen Michael und Jacob Rohde regte. In der gegen sie geführten Voruntersuchung haben Beide umfassende Geständnisse abgelegt und die Art und Weise der Brandlegungen so erzählt, wie sie in der That ausgeführt sein müssen, und wie dies von dem Zeugen bekundet worden ist, welcher den Getreidefaden vor dem Verbrennen geschüst hat. Der Jacob Rohde ist vor einigen Tagen im Gefängnisse gestorben, wir sehen daher nur den Michael Rohde auf der Anklagebank. Er bestreitet heute Alles, giebt zu, in der Voruntersuchung ein unumwundenes Geständnis abgelegt zu haben, will aber dazu durch Mißhandlungen, welche er im Polizeigefängnisse in Neustadt und auf dem Wege von der Gefängnis-Anstalt nach dem Gerichtshause daselbst erhalten hat, gezwungen sein. Daß dies leere Lügen sind, ist um so sicherer, als die eidlche Aussage der Witwe des Jacob Rohde bezüglich eines Gesprächs zwischen Michael und Jacob Rohde über die Brandlegung in Dargelow mit dem früheren Geständnisse des Michael Rohde genau übereinstimmt. Welches Motiv aber der Angeklagte zu den strafbaren Verbrechen hatte, ist nicht festzustellen gewesen. Der Mangel des Letztern gab dem Herrn Verteidiger, Justizrath Liebert, Veranlassung, das Nichtschuldig zu beantragen. Die Geschwornen erachteten den Angeklagten in allen 4 Fällen mit mehr als 7 Stimmen schuldig. Der Gerichtshof verurtheilte nach dem Antrage der Staats-Anwaltschaft den Angeklagten wegen mehrfacher vorsätzlicher Brandstiftungen zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe.

Marienwerder, 5. Mai. (G.) Der kürzlich von den Zeitungen als bevorstehend angekündigte Transport einiger hunderttausend Centner Roggen- (Schrot) Brodmehl aus den Mühlenetablissemens zu Bromberg, behufs Verproviantirung

der rheinischen Grenzfestungen, ist nunmehr thatsächlich eingetreten. Eine Anzahl Oerelöhne passirte gestern Nachmittag in Begleitung des Dampfers „Matador“ die Weichsel bei Kurzebrad, um das betreffende Mehl nach Danzig zu schaffen, von wo aus es nach dem Rhein eingeschifft wird. In den nächsten Tagen werden weitere Transporte von Bromberg dieselbe Tour gehen.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 8. Mai 1863. Aufgegeben 1 Uhr 58 Min. Angelommen in Danzig 3 Uhr — Min.

				Sept. Ers.					Sept. Ers.
Roggen matt,					Preuß. Rentenbr.				99½ 99½
loco	45½	45½	45½	45½	3½ Westpr. Pfdb.				86½ 86½
Frühjahr . . .	45½	45½	45½	45½	4 % do. do.				97½ 97½
Herbst	46½	46½	46½	46½	Danziger Privatb.	104½	104½		—
Spiritus Frühjahr	14½	14½	14½	14½	Distr. Pfandbriefe	88½	88½		—
Mais do.	15½	15½	15½	15½	Deutr. Credit-Actien	88	88½		—
Staatsanleihe	90	90	90	90	Rationale	73	74		—
4½ % 56r. Anleihe	101½	101½	101½	101½	Russl. Banknoten	91½	91½		—
5½ % 56r. Br.-Anl.	106½	106½	106½	106½	Westf. London	—	6,21		—
				Börsenbörse: flau.					

Hamburg, 7. Mai. Getreidemarkt. Weizen loco matt, ab Auswärts flau. — Roggen loco fest, ab Auswärts unverändert, ab Danzig wurde gestern noch zu 73 1/2 eine kleine Partie bezahlt, heute Danzig, Königsberg zu 74 offerirt, 73 1/2. — Del höher, Mai 32 1/2, October 29 1/2. — Kaffee schwimmend 3200 Sac ostindischer loco, 2800 Sac Domingo, 500 Brasil, 500 Sac diverse verkauft.

London, 7. Mai. Consols 93 1/2 % Juni. 1 1/2 % Spanier 47 1/2. Mexikaner 37. 5 % Russen 94 1/2. Neue Russen 93. Sardinier 88. Türkische Consols 54 1/2. Silber 61 1/2. — Wetter schön.

Der Dampfer „Bremen“ ist aus New-York eingetroffen.

Liverpool, 7. Mai. Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Preise steigend.

Paris, 7. Mai. 2 % Rente 69, 65. Italienische 5 % Rente 72, 30. Italienische neueste Anleihe 73, 50. 3 % Spanier — 1 1/2 % Spanier 47 1/2. Österreichische Staats-Eisenbahn-Actien 498, 75. Credit mob.-Actien 1422, 50. Rombr. Eisenbahn-Actien 580, 00.

Danzig, den 8. Mai. Bahnpreise.

Weizen gut hellbunt, fein und hochbunt 125/7 — 128/9 — 130/1 — 132/4 1/2 nach Qualität 78 1/2/82 — 82 1/2 — 85 — 85 1/2/87 1/2 — 88/90/91 1/2 %; ordinär und dunkelbunt 120, 123 — 125 — 127/30 % von 70/72 — 73/74 — 75/76 — 77/80 %.

Roggen schwer und leicht 54 1/2/54 — 52/51 % pro 125 a. Erbsen 47/48 — 51/53 %.

Gerste kleine 103/105 — 107/110/112 % von 32/34 — 37/39/41 %.

do. gr. 106/108 — 110/112/115 von 34/36 — 38/41/43 %.

Häfer von 24/25 — 27 %.

Spiritus nicht gehandelt.

Getreide-Börse. Wetter: rauhe Luft. Wind: NW. Dadurch, daß Verkäufer sich in Bezug auf Preise etwas nachgiebiger zeigten, konnten am heutigen Markte 520 Lasten Weizen verkauft werden, und ist gezahlt für 127 8a roth 475, 128, 128/9a bunt 485, 490, 126/7a hellbunt 495, 81a 20a und 129/30, 130/131a gut bunt 505, 129, 129/30a hellbunt 515, 517 1/2, 86a 20a fein hochbunt 530, Alles pro 85a. — Roggen matt 116/7a 306, 79a 15a 312 1/2 pro 125a resp. 81 1/2 a. — W. Erbsen 312, 315, 317, 317 1/2, 114/5a gr. Gerste 264. — 110a Weizen 480. — Spiritus nicht gehandelt.

Königsberg, 7. Mai. (K. F. S.) Wind: ND. + 12. Bizen ohne besondere Kauflust, hochbunter 126 — 129a 79 — 82 1/2, bunter 121 — 122 — 128a 70 — 80 %; rother 128a 76 1/2 % bez. — Roggen flau, loco 119 — 120 — 125a 50 — 54 % bez., Termine niedriger, 120a pro Mai-Juni 52 % Br., 51 % Gr. — Gerste behauptet, große 109 — 113a 40 — 41 % bez., kleine 104 — 105a 36 1/2 % bez. — Häfer unverändert, loco 76 — 78a 26 — 28 % bez., 50a pro Mai 26 1/2 % Br., 25 1/2 % Gr. — Erbsen unverändert, weiße Koch-50 — 52 % bez., grüne 50 % bez. — Bohnen 52 — 54 % bez. — Wicken 30 — 40 % Br. — Weizenfaat sehr stille, mittel 104 — 110a 65 — 80 % Br., ordinär 96 — 106 45 — 60 % Br. — Kleesaat, rothe 5 — 19 % Br., weiße 6 — 20 % Br. — Timothy 3 — 6 % Br. — Rüböl 15 % Br. — Rüböl 15 % Br. — Leinöl 15 % Br. — Leinöl 64 — 67 % Br. — Rüböl 58 % Br. — Spiritus. Loco Verkäufer 15 1/2 % bez., Käufer 15 % bez. ohne Faß; loco Verkäufer 16 % bez., Käufer 16 1/2 % bez. incl. Faß; pro Mai Verkäufer 15 1/2 % bez. ohne Faß; pro Frühjahr Verkäufer 16 % bez., Käufer 16 1/2 % bez. incl. Faß; pro August Verkäufer 17 % bez., Käufer 17 1/2 % bez. incl. Faß; pro Sept. Verkäufer 18 % bez. incl. Faß pro 8000 pöt. Tr.

In der gestrigen Spiritusnotirung soll es statt „pro Frühjahr Käufer 15 1/2 % Thlr. incl. Faß“, „16 1/2 % Thlr. incl. Faß“ heißen.

Bromberg, 7. Mai. Wind: Süd-West. — Witterung: schön. — Morgens 6. Wärme. — Mittag 15. Wärme. Weizen 125 — 128a holl. (81a 25a bis 83a 24a Bollgewicht) 58 — 60 % bez., 128 — 130a 60 — 63 % bez., 130 — 134a 63 — 66 % bez. — Roggen 120 — 125a (78a 17a bis 81a 25a) 38 — 40 % bez. — Gerste, große 30 — 32 % bez., kleine 25 — 28 % bez. — Häfer 27 1/2 % bez. — Futtererbsen 32 — 34 % bez. — Kocherbsen 35 — 37 % bez. — Raps 90 — 95 % bez. — Rapsen 90 — 96 % bez. — Spiritus 14 1/2 % bez. pro 8000 %.

Stettin, 7. Mai. (Off. Stg.) Wetter: schön. Temperatur: + 14. Wind: S. Weizen matt, loco 85a gelber 65 — 67 % bez., 85a 68 % bez., blaupigiger 62 % bez., bunt. Poln. 67 — 68 % bez., 83/85a gelber Mai-Juni 68 % bez., Juni-Juli 69, 68a % bez., Br. u. Gr., Juli-August 70, 69a % bez. — Roggen wenig verändert, pro 2000a loco 44 1/2 — 46 % bez., Mai-Juni 45 1/2, 1/2 % bez. u. Br., Juni-Juli 45 1/2 % bez., 46 % Br., Juli-Aug. 46 1/2, 46 % bez. u. Br., Sept.-Oct. 46 1/2 % bez. — Gerste loco 70a Markt. 34 1/2 — 35 % bez. — Häfer, loco 50a 24 — 24 1/2 % bez., Mai-Juni 47/50a Pomm. 24 1/2 % bez., 25 % Br. — Erbsen 43 1/2 — 44 1/2 % bez. — Rüböl, Winter pro Juli-Aug. 93 % bez. — Raps pro Juli-Aug. 95 % bez. — Rüböl unverändert, loco 15 % bez. Br., Mai 15 1/2 % bez. u. Br., 1/2 % bez. Gr., Sept.-Oct. 13 1/2, 1/2 % bez. u. Gr., 1/2 % bez. — Spiritus etwas niedriger, loco 14 1/2, 1/2 % bez., (ange-meldet 40,000 Dri), Mai-Juni 14 1/2, 1/2 % bez., 1/2 % Br., Juni-Juli 15 1/2 % bez. Br., Juli-August 15 1/2 % bez. Br., Aug.-Sept. 15 1/2 % bez. u. Br., Sept.-Oct. 15 1/2, 1/2 % bez. — Leinöl loco incl. Faß 15 1/2 % bez. Br., Mai 15 1/2

bez. u. Gr. — Rosinen, neue Cisme in Kisten 10% bez. trans. bez. — Corinthen, neue Bante 8 % tr. bez. Berlin, 7. Mai. Wind: SW. Barometer: 28. Thermometer: früh 8° +. Witterung: warm, leicht bewölkt. Weizen pro 25 Scheffel loco 60 — 72 % bez. — Roggen pro 2000a loco 45 — 45 1/2 % bez., Frühjahr. 45 1/2 — 45 1/2 % bez. u. Gr., 45 1/2 % Br., Mai-Juni 45 1/2 — 45 1/2 % bez. u. Gr., 45 1/2 % Br., Juli-Aug. 46 — 45 1/2 % bez., 46 % Br., 45 1/2 % Gr., Sept.-Oct. 47 — 46 1/2 % bez., 47 % Br., 46 1/2 % Gr. — Gerste pro 25 Scheffel große 33 — 39 % bez. — Häfer loco 22 — 25 % bez., pro 1200a Frühjahr. 23 % bez., Mai-Juni 23 1/2 — 23 1/2 % bez., Juni-Juli 23 % bez., Juli-Aug. 24 1/2 % bez. — Erbsen pro 25 Scheffel Futterwaare 15 1/2 % bez. — Rüböl pro 100 Pfund ohne Faß loco 15 1/2 — 15 1/2 % bez. u. Gr., 15 1/2 % Br., Mai 15 % bez., Br. u. Gr., Mai-Juni 14 1/2 % bez., Juni-Juli 14 1/2 % bez. u. Br., Juli-August 14 % bez., Aug.-Sept. 13 1/2 — 13 1/2 % bez. u. Gr., 13 1/2 % Br. — Leinöl pro 100 Pfund ohne Faß loco 15 1/2 % bez. — Spiritus pro 8000a loco ohne Faß 14 1/2, 1/2 — 14 1/2 % bez., Mai 15 — 14 1/2 % bez. u. Gr., 15 % Br., Mai-Juni 15 — 15 1/2 % bez. u. Gr., 15 1/2 % Br., Juli-August 15 1/2 — 15 1/2 % bez. u. Gr., 15 % Br., Aug.-Sept. 15 1/2 — 15 1/2 % bez. u. Gr., 16 % Br., Oct.-Nov. 15 1/2 — 15 1/2 % bez. — Mehl. Bir notiren: Weizenmehl Nr. 0. 4 1/2 — 4 1/2 % bez., Nr. 0. und 1. 3 1/2 — 4 % bez. — Roggenmehl Nr. 0. 3 1/2 — 3 1/2 % bez., Nr. 0. und 1. 2 1/2 — 3 % bez.

Schiffslisten.

Neufahrwasser, den 7. Mai 1863.

Gefegelt: L. Rees, Hermann, Londonderry. R. Bottlich, Clara und Hermann, Antwerpen. C. Holz, Louise, Swansea. G. Brown, Wearbale, London. C. Willis, Actio, London. J. Bedington, John und Jane, London. A. Ballaseyus, Mathilde, Liverpool. W. Nye, Countess, London. P. Kof, Herveyhome, Aberdeen. J. E. Suhr, Pina, Paimboenf. J. Biffer, Briendschap, Amsterdam. J. Bierow, Mathilde, St. Nazaire. J. W. Osterfeld, Concordia, Harlingen. F. C. Coert, Wilhelmine, Amsterdam. Sämtlich mit Holz. — J. Luther, Johanna, Schiedam. T. Wahl, Maria, Konigsberg. W. Erases, Jesse, London. J. Mandema, Gertrude Jantine, Rogerfölder. J. Allan, Rovers Bride, London. J. Mc. Kenzie, Asteria, London. C. Mutenzie, Stella, Hartlepool. J. E. Schmitt, Margarethe, Norwegen. P. Marr, Ddessa Padet, London. J. Meyer, Heinrich, Leer. S. Nielsen, 6 Soedslande, Leith. A. de Haan, Alida Dyd, Swolle. P. Caspersen, Anna Dorothea, Gesele. Sämtlich mit Getreide.

Angelommen: J. Johannsen, Pelican, Middel-fahrt, Ballast. — J. Hansen, Louise, Svendsborg, Ballast. Den 8. Mai. Wind: NW.

Angelommen: S. Baesen, Amor, Heiligenhafen, Ballast. — J. Strahan, Alex Murray, Newcastle, Rohlen. — J. A. Doyen, 2 Gebrüder, Rostock, Ballast. — D. Larssen, Parline, Stavanger, Feringe.

Gefegelt: J. Martens, Frau Margarethe, Flensburg, Getreide. — J. Bud, Rudolph, Waner, Getreide. — R. Boswyd, Aften Smith, Termunterfel, Holz. — R. de Groot, Christine Jacoba, Rotterdam, Getreide. — J. Bower, Panij, London, Holz. — R. Thompson, Orient (SD.), Leith, Getreide.

Ankomme: 3 Schiffe. Thorn, 7. Mai. Wasserstand: 1' 4".

Stromauf: Von Danzig nach Nieszwawa: Joh. Kujawski, A. Wolfheim, Steinkohlen. — And. Kotowski, ders., do.

Stromab: L. Schfl. Alex Andro, Ludwig Cohn u. Co., Nieszwawa, Dg., J. Cohn, 31 12 Wz.

J. Feldt, dies., do., do., ders., 21 St. Wz., 10 17 Stf.

Aug. Stein, J. Poznansti, do., do., C. G. Steffens u. S., 31 30 Wz.

Joh. Schroeder, ders., do., do., dies., 30 — Wz.

Joh. Schwarz, S. Wilczynski, do., do., Otto u. Co., 30 — Wz.

G. Koblöffel, ders., do., do., dies., 30 — Wz.

M. Kirschstein, L. Rosenberg u. C., Fraude, Ramonel, Stettin, 33 St. Ballen von hartem Holze, 1335 St.

Ballen von weichem Holze. Abraham Feinselber, A. Rosenblatt, Lublin, Danzig, L. G. Goldschmidt S., 800 St. Ballen von weichem Holze.

Abraham Feinselber, S. A. Rosenblatt, Lublin, Danzig, L. G. Goldschmidt S., 56 St. 51 Schfl. Weizen, 1 St. 25 Schfl. Erbsen, 48 St. Ballen von hartem Holze, 3095 St. Ballen von weichem Holze, 34 1/2 St. Bohnen.

Summa 230 St. 33 Schfl. Weizen, 4 St. 17 Schfl. Erbsen, 10 St. 17 Schfl. Gerste.

Kondshorse.

Berlin, 7. Mai.

Kondore.					
Berlin, 7. Mai.					
	R.	G.		R.	G.
Berlin-Anh. E.-A.	149	148	Staatsanl. 53	99	98 1/2
Berlin-Hamburg	122	—	Staatsschuldscheine	90	90
Berlin-Potsd.-Magd.	185 1/2	184 1/2	Staats-Pr.-Anl. 1855	128 1/2	127 1/2
Berlin-Stettin Pr.-O.	—	—	Ostpreuss. Pfandbr.	—	88
do. II. Ser.	96	95 1/2	Pommersche 3 1/2 % do.	91 1/2	—
do. III. Ser.	95 1/2	95	do. do. 4 1/2 %	101	100 1/2
Oberschl. Litt. A. u. C.	161 1/2	160 1/2	Posensche do. 4 1/2 %	—	103
do. Litt. B.	141 1/2	140 1/2	do. do. neue	96 1/2	96
Oesterr.-Frz.-Stb.	131	—	Westpr. do. 3 1/2 %	—	86 1/2
Insk. b. Stgl. 5. Anl.	90	—	do. 4 %	97 1/2	97
Russ.-Poln. Sch.-Ob.	81 1/2	8 1/2	Pomm. Rentenbr.	100	99 1/2
Cert. Litt. A. 300 fl.	93	—	Posensche do.	97 1/2	96 1/2
do. Litt. B. 200 fl.	—	23	Prouss. do.	99 1/2	99 1/2
Pfdr. i. S.-R.	—	90	Pr. Bank-Anth.-S.	—	127 1/2
Part.-Obl. 500 fl.	92	91	Danziger Privatbank	104 1/2	—
Freiw. Anleihe	101 1/2	101 1/2	Königsberger do.	—	100 1/2
5 % Staatsanl. v. 59	106 1/2	106 1/2	Posener do.	98	—
St.-Anl. 4 1/2 %	101 1/2	101 1/2	Disco.-Comm.-Anth.	103 1/2	102 1/2
Staatsanl. 56	101 1/2	101 1/2	Ausl. Goldm. à 5 %	—	109 1/2

Amsterdam kurz 143 1/2, 143 1/2. Paris 2 Mon. 80, 79 1/2. do. do. 2 Mon. 142 1/2, 142 1/2. Wien öst. Währ. 8 T. 91 1/2, 91. Hamburg kurz 151 1/2, 150 1/2. Petersburg 3 W. 101 1/2, 101. do. do. 2 Mon. 150 1/2, 150 1/2. Warschau 90 SR. 8 T. 91 1/2, 91. London 3 Mon. 5. 21 1/2, 20 1/2. Bremen 100 SR. 8 T. 110 1/2, 109 1/2.

Verantwortlicher Redacteur: H. Ridert in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

Baromet.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
7.8 339,71	+ 8,6	Süd. flau; hell und schön.
12 339,15	12,7	SW. mäßig; do.

H. S. Zimmermann, Langefuhr.
Frisch geräucherten Lachs und Büclinge
 empfiehlt [1134]
K. Heilmann, Scheibennitterg. 9.